

[Wirtschaft/Soziales](#)

21.06.2008

Sozialverband mit sozialem Mäntelchen

Die Gewerkschaft ver.di versucht, Lohnerhöhungen bei der Arbeiterwohlfahrt durchzusetzen

Von Dieter Hanisch, Kiel

In mehreren Bundesländern und Regionen gibt es derzeit heftige Tarifikämpfe zwischen der Gewerkschaft und der Arbeiterwohlfahrt (AWO).

In Schleswig-Holstein wird die Tarifaueinandersetzung zwischen der Arbeiterwohlfahrt und der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di mittlerweile auch mit juristischen Mitteln ausgetragen. Die AWO sieht wegen der Proteste ihren Fürsorgeauftrag gefährdet und fordert daher Notplanvereinbarungen mit der Gewerkschaft. Ver.di wiederum hatte ihre aktuellen Streikorte zuletzt angekündigt und dann festgestellt, dass die AWO Personal aus anderen Einrichtungen abzog, um es quasi als Streikbrecher einzusetzen. In einem Vergleich vor dem Arbeitsgericht Lübeck hat sich die AWO nun verpflichtet, auf solche Aktionen künftig zu verzichten. Im Gegenzug garantiert ver.di Notdienstpläne. »Wir werden dafür Sorge tragen, dass keine Kinder vor verschlossenen Kindertagesstätten stehen«, sagt Sabine Hebenstein aus der Streikleitung. Der Gewerkschafterin leuchtet aber nicht ein, warum die AWO auch für ihre Poststelle einen Notplanbedarf sieht.

In Schleswig-Holstein geht es um einen neuen Gehaltstarifvertrag für ungefähr 2500 Beschäftigte. Ver.di fordert eine Anhebung der Bezüge um 9,4 Prozent, dazu eine Einmalzahlung von je 500 Euro. Beide Seiten waren sich bereits fast einig, dass die Abschlüsse des öffentlichen Dienstes übernommen werden. Doch die AWO wollte die Finanzierung der Gehaltserhöhung durch Mehrarbeit und einen 50-prozentigen Einschnitt beim Weihnachtsgeld finanzieren.

In Sachsen stehen nach Auskunft von ver.di-Bundesvorstandsmitglied Jürgen Wörner die Zeichen ebenfalls auf Streik. In Kürze wird es dort zur Urabstimmung unter den ca. 4300 Beschäftigten kommen. Heftige Auseinandersetzungen in Sachen Vergütung gibt es auch im mitgliederstarken Bezirk Weser-Ems sowie im Raum Braunschweig. Dort befindet man sich seit über 500 Tagen im tariflosen Zustand. Die Fronten sind extrem verhärtet. Da kommt es laut ver.di vor, dass die AWO-Zentrale meint, sich mit einem Wachdienst vor unliebsamen Besuchen und Fragen der Beschäftigten schützen zu müssen. In Baden-Württemberg wird seit zwei Monaten ohne sichtbaren Fortschritt verhandelt. Ver.di ist dort nicht bereit, die von der AWO ins Auge gefassten Absenkungen zu akzeptieren.

In Thüringen hat der Wohlfahrtsverband einfach mit der christlichen Gewerkschaft DHV deutlich niedrigere Abschlüsse getätigt. Für Wörner ist die AWO daher derzeit mehr eine Institution mit einem sozialen Mäntelchen.

Die AWO

Die AWO wurde Ende 1919 als »Hauptausschuss für Arbeiterwohlfahrt in der SPD« gegründet. Heute betreut der dezentral organisierte Verband hauptsächlich Senioren und Menschen mit Behinderungen, betreibt aber auch Kindergärten, Einrichtungen für Ferienfreizeit und Beratungsstellen für Migranten und Menschen in Notlagen. Die AWO beschäftigt 145 000 Mitarbeiter, teilweise in Ein-Euro-Jobs. ND

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/130720.sozialverband-mit-sozialem-maentelchen.html>

UZ vom 21. September 07

AWO-Beschäftigte erstmals im Tarifikampf Aktionen zeigen Wirkung

29 000 Beschäftigte hat die Arbeiterwohlfahrt (AWO) in NRW, von denen heute fast die Hälfte Mitglied der Gewerkschaft ver.di sind. Sie kämpfen derzeit um einen Tarifvertrag und stehen möglicherweise auch vor der Entscheidung über einen Streik. Die UZ sprach mit Detlev Beyer-Peters, der für die ver.di-Tarifkommission am Verhandlungstisch mit den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes der AWO aus NRW sitzt.

Frage: Was ist das Besondere an eurem Arbeitskampf?

Detlev Beyer-Peters: Die Beschäftigten der AWO mussten in der Vergangenheit kaum um ihre Tarife kämpfen. Zum einen wurden die Abschlüsse im Bereich des öffentlichen Dienstes mehr oder weniger übernommen, zum anderen bot die AWO als sozialer Verband bisher immer eine relative Sicherheit. Diese Zeit ist vorbei. Seit dem 1. Januar 2007 ist die AWO tariflos und strebte in den bisherigen Tarifverhandlungen Absenkungen der Arbeitsentgelte, insbesondere bei den Un- und Angelernten, um bis zu 30 Prozent an. Bei der aktuellen Auseinandersetzung handelt es sich also in erster Linie um einen Verteidigungskampf. Das besondere ist, dass sich derzeit eine Dynamik der Aktionen und Warnstreiks entwickelt, die sowohl in den Medien als auch bei den Arbeitgebern für Überraschung gesorgt und die Möglichkeit aufgezeigt hat, dass wir auf den ersten, umfassenden Arbeitskampf in der Geschichte der AWO zusteuern. Bezüglich dieser Entwicklung darf man getrost Parallelen zum Streik der Angestellten der Uni-Kliniken in NRW vor etwa einem Jahr ziehen.

Frage: Es ist neu, Beschäftigte aus sozialen Einrichtungen wie z. B. einer Kindertagesstätte oder einem Seniorenzentrum im Arbeitskampf zu erleben. Welche Erfahrungen haben die Kolleginnen und Kollegen bisher gemacht?

Detlev Beyer-Peters: Für Beschäftigte in sozialen Betrieben ist es ein Widerspruch, für die eigenen Interessen einzutreten und dabei unter Umständen auch die Menschen zu treffen, die ihre professionelle Hilfe brauchen. Man spricht in diesem Zusammenhang von der sozialen Erpressbarkeit. Den Kolleginnen und Kollegen ist aber inzwischen klar, dass ihnen auch in sozialen Dienstleistungsunternehmen nichts mehr geschenkt wird und dass sie Gegenwehr entwickeln müssen, wenn sie nicht immer mehr verlieren wollen. Sie erfahren einerseits neuerdings den massiven Druck ihrer Arbeitgeber, was für die meisten belastend ist. Auf der anderen Seite erleben sie Verständnis und überwiegend positive Reaktionen auf ihre Aktionen und Warnstreiks z. B. bei den Eltern der Kinder in den Kindertageseinrichtungen, bei den HeimbewohnerInnen und ihren Angehörigen in den Seniorenzentren und nicht zuletzt auch in den Medien. Im Gegenzug beklagt die AWO, dass ihre Argumente in der Öffentlichkeit nicht durchdringen. Das alles ist sehr ermutigend für die Kolleginnen und Kollegen. Allein am letzten Verhandlungstag haben sich 1300 Beschäftigte an Aktionen und Warnstreiks beteiligt. Dies zeigt schon erhebliche Wirkungen bei den

Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes der AWO in NRW. Nachdem insbesondere die Gesellschaften der AWO den Weg in den Arbeitgeberverband nicht mitgegangen sind, gibt es nun Mitglieder aus den Gliederungen des Verbandes, die in aller Öffentlichkeit mit einem Austritt aus dem Arbeitgeberverband drohen und am liebsten den Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes für ihre Beschäftigten zur Anwendung bringen möchten. Es handelt sich gerade um die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes, die die Kampfmaßnahmen der Gewerkschaft besonders zu spüren bekommen und die der inzwischen regelmäßigen öffentlichen Berichterstattung überdrüssig sind.

Frage: Wie ist der aktuelle Stand der Tarifverhandlungen?

Detlev Beyer-Peters: Die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes der AWO in NRW haben sich in der letzten Verhandlungsrunde vom 10. September von etlichen Extrempositionen gelöst und haben sich mit einem Paketangebot erheblich auf ver.di zubewegt. Es wirkt fast wie ein Befreiungsschlag nach dem Motto „Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende“. Insoweit haben sich schon jetzt die Aktionen und Warnstreiks gelohnt. Allerdings – und da darf man sich auch nichts vormachen – würde es bei der Annahme dieses Arbeitgeberpaketes durch die ver.di-Landestarifkommission am 25. September zu Leistungsabsenkungen kommen. Zwar soll für die derzeit Beschäftigten weitestgehend ein Bestandsschutz vereinbart werden. Aber die an- und ungelernten Helfer(innen) in Altenpflegeheimen sowie die Beschäftigten in haushaltsnahen Dienstleistungen sollen beispielsweise weniger als bisher verdienen. Für Beschäftigte in komplementären und ambulanten Diensten sowie in den Beschäftigungsgesellschaften sollen für einen befristeten Zeitraum um bis zu 10 Prozent geringere Verdienste mit dem Betriebsrat vereinbart werden können, wenn ansonsten die Wirtschaftlichkeit solcher Einrichtungen gefährdet ist. Dafür besteht die Absicht, sich an den kommunalen Tarifen des öffentlichen Dienstes zu orientieren. Die 38,5-Stunden-Woche wäre solange gesichert, wie es im kommunalen Bereich keine Änderungen geben wird.

Frage: Welche Ergebnisse sind mit der nächsten Verhandlungsrunde zu erwarten?

Detlev Beyer-Peters: Noch steht eine Erklärung des Arbeitgeberverbandes zur Forderung von ver.di nach einer Erhöhung der Tarife aus dem alten Tarifvertrag um 5,5 Prozent und eine Einmalzahlung in Höhe von 300 Euro für die ver.di-Mitglieder aus. Es ist davon auszugehen, dass ein Angebot für eine Einkommenserhöhung in der nächsten Verhandlungsrunde am 12. 10. 2007 auf den Tisch gelegt wird. Dies werden die AWO-Unternehmen aber von der Entscheidung der ver.di-Landestarifkommission am 25. September über das von den Arbeitgebern vorgelegte Gesamtpaket abhängig machen. Bis zu diesem Termin hat ver.di übrigens weitere Aktionen und Warnstreiks ausgesetzt.

Frage: Welches Fazit kann schon heute gezogen werden?

Detlev Beyer-Peters: Es gibt Anlass für einen vorsichtigen Optimismus, weil die AWO doch erheblich unter Druck steht. Alles deutet darauf hin, dass die AWO einen Abschluss anstrebt, bevor die Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst im Frühjahr des nächsten Jahres beginnen und sich die AWO-Beschäftigten in eine noch größere Front einreihen können. Außerdem fürchtet die AWO, dass sich ihr Imageverlust in der Öffentlichkeit noch potenzieren könnte. Streikende Erzieher(innen) und

Altenpfleger(innen) passen eben nicht in das Bild eines Verbandes, der in seinen Grundsätzen zumindest noch das Ziel eines demokratischen Sozialismus verkündet. Der Organisationsgrad der Gewerkschaft ver.di ist im Bereich der sozialen Dienstleistungen in den AWO-Unternehmen mit am größten. Gerade in den letzten vier Jahren sind unzählige Beschäftigte der AWO in ver.di eingetreten; auch und nicht zuletzt deshalb, weil sie nicht aus der Nachwirkung des alten Tarifvertrages und des Übergangstarifvertrages rausfallen wollten. Fakt ist daher, dass ver.di in NRW – so oder so – im Bereich der AWO um ein vielfaches stärker aus der aktuellen Tarifauseinandersetzung hervorgehen wird. Wenn allerdings die Tarifverhandlungen scheitern sollten, dann müssten die gewerkschaftlichen organisierten Beschäftigten in den AWO-Unternehmen unter Beweis stellen, dass sie zum letzten Mittel – dem Streik – bereit sind. Die Voraussetzungen dafür sind heute günstiger als vor vier Jahren und werden zukünftig eher besser als schlechter. Ob das reicht, wird man dann sehen ...

Die Fragen stellte Werner Sarbok

»Ein reiner Abwehrkampf«

Deutschland steuert auf eine Pflegekatastrophe zu. Ein Gespräch mit Detlev Beyer-Peters

Rainer Balcerowiak

Die Bundesregierung hat sich auf ein paar Nachbesserungen bei der Finanzierung von Pflegeleistungen verständigt. Ist das mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein?

Es reicht bei weitem nicht aus, weil z.B. die schlechte Personalsituation in der ambulanten und in der stationären Pflege nicht gelöst wird. Wir steuern ungebremst auf eine Pflegekatastrophe zu.

Nun ist der Personalschlüssel das eine Problem. Das andere ist, daß die Pflegeversicherung nur einen sehr begrenzten Leistungskatalog mit sehr restriktiven Zeitvorgaben überhaupt abdeckt. Ist auf dieser Basis eine menschenwürdige Betreuung überhaupt möglich?

Nein, das ist nicht möglich. Das belegt auch der aktuelle Bericht der medizinischen Dienste, der massive Qualitätsmängel aufzeigt, die teilweise die Gesundheit und das Leben der Klienten bedrohen. Die Regierung täuscht jetzt Aktivität vor. Das sind aber Potemkinsche Dörfer. Fast alles ist nach wie vor darauf gerichtet, Pflege möglichst billig zu machen.

Ist Ihnen aus Ihrer Erfahrung bekannt, daß Wert darauf gelegt wird, Patienten schnell in die Pflegestufe 3 zu bekommen, weil das mehr Geld bringt.

Selbstverständlich. Qualität in der Pflege würde bedeuten, daß rehabilitative und aktivierende Leistungen erbracht werden, die letzten Endes dazu führen würden, daß die Pflegestufe eher geringer wird. Doch derartige Anstrengungen werden durch die Pflegekassen nicht belohnt, sondern bestraft.

Welche Rolle spielt die zunehmende Privatisierung von Pflegeeinrichtungen für deren Qualität?

Jeder, der sich damit beschäftigt, kann klar nachvollziehen, was passiert, wenn Profit darüber bestimmt, was an Pflegeleistungen erbracht wird. Doch auch die öffentlichen und gemeinnützigen Einrichtungen stehen unter enormem Druck. Maßstab für die Finanzierung der Plätze in diesen Einrichtungen ist immer der Gesamtkostendurchschnitt in einer Region. Wenn die Privaten mit Dumpingsätzen auf den Markt stoßen, müssen die anderen nachziehen und zum Beispiel Personal abbauen oder die Bezahlung absenken. Genau das passiert zur Zeit. Alle Wohlfahrtsverbände sind dabei, ihre Tarife massiv zu verschlechtern. Aktuell fordert beispielsweise die Arbeiterwohlfahrt eine 30prozentige Absenkung für alle ungelerten und angelernten Kräfte im Bereich der Pflege und der Hauswirtschaft.

Ist die Pflegeversicherung in ihrer jetzigen Form überhaupt reformierbar oder ist ein grundlegender Systemwechsel in Richtung öffentlicher Finanzierung notwendig?

Grundsätzlich wäre ein Systemwechsel notwendig. Politisch ist das aber nicht durchsetzbar, die Pflegeversicherung hat sich etabliert. Allerdings müßte das System der Begutachtung und Einstufung von Pflegebedürftigen und der Finanzierung völlig umgekrempelt werden.

Welche Möglichkeiten haben die Gewerkschaften, sowohl die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten als auch die Situation der Patienten zu verbessern?

Wir müssen die oftmals katastrophalen Verhältnisse in Altenpflegeheimen bekanntmachen. Aber wer das tut, der lebt gefährlich, wie etliche Kündigungen oder Kündigungsversuche beweisen. Wir brauchen Zivilcourage in den Einrichtungen. Darüber hinaus wollen wir bessere Tarife für die Beschäftigten durchsetzen. Das ist aber zur Zeit äußerst schwierig. Da sind wir schon froh, wenn wir die jetzigen Standards halten können. Insgesamt führen wir in der Pflege derzeit einen reinen Abwehrkampf, und das betrifft sowohl die Arbeitsbedingungen als auch die Bezahlung.

Warnstreiks in Kindergärten und Seniorenzentren 12.07.09.07

Mit mehrstündigen Warnstreiks, von denen erstmals auch Seniorenzentren betroffen sind, haben am 30. 8. über 600 Beschäftigte der Arbeiterwohlfahrt in Nordrhein-Westfalen gegen den Stillstand bei den Tarifverhandlungen protestiert. Seit acht Monaten gibt es keinen Tarifvertrag mehr für die Beschäftigten der AWO. Zu den Arbeitsniederlegungen in Kindertagesstätten, Altenheimen und sozialen Diensten des Wohlfahrtsverbandes hat ver.di aufgerufen. Die Arbeitgeber hatten in der letzten Verhandlungsrunde für die AWO in NRW ihre massiven Forderungen nach Lohnsenkungen und Herabgruppierungen für pädagogisches Personal, Pflegehelfer/innen, Beschäftigte in Servicebereichen sowie den Hol- und Bringdienst bekräftigt. Auch die Besitzstände der „Altbeschäftigten“ sollten angegriffen werden. Dagegen fordert ver.di für die 27 000 Beschäftigten in NRW neben der Wiederherstellung der Tarifbindung auch Einkommenserhöhungen um 5,5 Prozent mit einer sozialen Komponente für die unteren Einkommen. „Es wird immer deutlicher, dass eine Lösung am Verhandlungstisch ohne Arbeitskampf kaum möglich sein wird“, sagte ver.di-Verhandlungsführer Wolfgang Cremer. „Dann bleibt den Beschäftigten keine andere Wahl, als längerfristig zu streiken, um faire Bezahlung und faire Arbeitsbedingungen durchzusetzen.“ Die 7. Verhandlungsrunde findet am 10. September in Düsseldorf statt.

NRW

Warnstreiks bei der AWO

drei -
Beilage zur
Publik,
ver.di-Zeitung
Sept. 2007

Beschäftigte in NRW wollen 5,5 Prozent mehr Lohn

Mit einem lauten Trillerpfeifenkonzert wurden die Arbeitgebervertreter der AWO Dortmund zur sechsten Verhandlungsrunde am 9. Juli begrüßt. Über 100 warnstreikende Beschäftigte waren gekommen, um die ver.di-Verhandlungskommission zu unterstützen.

Warnstreiks gab es auch in neun Kitas in Bochum und im AWO-Bereich Siegen/Olpe, dazu in ganz NRW erfolgreiche Aktionen in vielen Einrichtungen der AWO. »Wir arbeiten nicht für 'nen Appel und n Ei!«, ist die klare Ansage. Auch Medienberichterstattung und öffentliche Debatte über den Tarifkonflikt erhöhen den Druck auf die Arbeitgeber. Schließlich sind große Teile der Bevölkerung von der Arbeit der 27.000 AWO-Beschäftigten in NRW betroffen.



Dennoch herrschen in den Tarifverhandlungen Stillstand und Verhärtung: Zur Tarifforderung von 5,5 Prozent mehr Lohn und Vergütung wollten die Arbeitgeber am Verhandlungstisch nichts sagen. In der Presse aber wiesen sie die ver.di-Forderung scharf zurück. In den Bereichen Pflegehelfer/innen, pädagogisches Personal in der Offenen Ganztagschule, Servicedienste, Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften sowie ambulante Pflege zeigt sich die AWO stur.

ver.di hat gefordert, den Urlaub für alle Beschäftigten einheitlich auf 29 Tage festzulegen. Die Forderung zur Jahressonderzahlung lautet: Weg mit dem 1. Juni als Stichtag für den Anspruch und weg mit der Rückzahlungsverpflichtung bei Ausscheiden bis zum 31. März. Das betrachten die Arbeitgeber als eine »nachgeschobene Forderung« und drohen damit, das gesamte Manteltarifpaket erneut in Frage zu stellen. Sie selbst hatten die Urlaubsregelung mit der Jahressonderzahlung verknüpft.

Die nächste Verhandlungsrunde fand nach Redaktionsschluss am 11. September statt. In der Zeit bis dahin haben die ver.dianerinnen mit vielen Aktionen den Druck auf die Arbeitgeber weiter erhöht.

<http://www.wdr.de/studio/duisburg/nachrichten/>

Warnstreiks der AWO-Beschäftigten

Die Gewerkschaft Verdi ruft heute rund 600 Beschäftigte der Arbeiterwohlfahrt an Rhein und Ruhr zu Warnstreiks auf. Bestreikt werden Kindergärten und Seniorenzentren. Der Betrieb soll aber mit Notbesetzungen aber weitergehen.

Mit den Protesten soll ein Zeichen in den laufenden Tarifverhandlungen gesetzt werden. Die AWO-Beschäftigten fordern unter anderem mehr Lohn.

<http://www.jungewelt.de/2007/08-30/038.php>30.08.2007 / Inland / Seite 4

[Zum Inhalt dieser Ausgabe](#) |

Warnstreiks bei der Arbeiterwohlfahrt

Nordrhein-Westfalen: Ver.di fordert 5,5 Prozent mehr Lohn für AWO-Beschäftigte

Mit mehrstündigen Warnstreiks, von denen erstmals auch Seniorenzentren betroffen sind, wollen am heutigen Donnerstag über 600 Beschäftigte der Arbeiterwohlfahrt in Nordrhein-Westfalen gegen den Stillstand in den Tarifverhandlungen protestieren. Seit acht Monaten gibt es keinen Tarifvertrag mehr für die Beschäftigten. Zu den Arbeitsniederlegungen in Kindertagesstätten, Altenheimen und sozialen Diensten des Wohlfahrtsverbandes hat die Gewerkschaft ver.di aufgerufen.

Das Sozialdienstleistungsunternehmen hatte seine massiven Forderungen nach Lohnsenkungen und Herabgruppierungen für pädagogisches Personal, Pflegehelfer, Beschäftigte in Servicebereichen sowie den Hol- und Bringdienst in der vergangenen Verhandlungsrunde noch einmal bekräftigt. »Es wird immer deutlicher, daß eine Lösung am Verhandlungstisch ohne Arbeitskampf kaum möglich sein wird«, sagte ver.di-Verhandlungsführer Wolfgang Cremer am Mittwoch. »Dann bleibt den Beschäftigten keine andere Wahl, als längerfristig zu streiken, um faire Bezahlung und faire Arbeitsbedingungen durchzusetzen«, so der Gewerkschafter. Ver.di fordert für die 27000 Beschäftigten in NRW neben der Wiederherstellung der Tarifbindung auch Einkommenserhöhungen um 5,5 Prozent mit einer sozialen Komponente für die unteren Einkommen. Bestandteil der Lohnforderung ist darüber hinaus eine Einmalzahlung von 300 Euro als Vorteilsregelung nur für ver.di-Mitglieder. Die 7. Verhandlungsrunde findet am 10. September in Düsseldorf statt.(jW)

<http://www.pr-inside.com/de/awo-beschaeftigte-bestreiken-kitas-und-r212827.htm>

Diverses

Mit den Aktionen soll gegen den Stillstand in den Tarifverhandlungen protestiert werden
AWO-Beschäftigte bestreiken Kitas und Seniorenzentren in NRW



AWO-Beschäftigte bestreiken Kitas und Seniorenzentren in NRW ©ddp

(PR-inside.com 29.08.2007 15:23:58) - Über 600 Beschäftigte der Arbeiterwohlfahrt (AWO) in NRW wollen am Donnerstag für mehrere Stunden die Arbeit niederlegen. Wie die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di am Mittwoch in Düsseldorf mitteilte, sind von den Warnstreiks neben Kindertagesstätten erstmals auch Seniorenzentren betroffen.

Düsseldorf (ddp-nrw). Über 600 Beschäftigte der Arbeiterwohlfahrt (AWO) in NRW wollen am Donnerstag für mehrere Stunden die Arbeit niederlegen. Wie die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di am Mittwoch in Düsseldorf mitteilte, sind von den Warnstreiks neben Kindertagesstätten erstmals auch Seniorenzentren betroffen. Mit den Aktionen wollen die Beschäftigten gegen den Stillstand in den Tarifverhandlungen protestieren.

Nach Angaben von ver.di hatten die Arbeitgeber in der jüngsten Verhandlungsrunde ihre Forderungen nach Lohnsenkungen für die 27 000 Beschäftigten in NRW bekräftigt. Die Gewerkschaft hingegen verlangt die Wiederherstellung der Tarifbindung, die vor acht Monaten aufgehoben worden war, und Einkommenserhöhungen um 5,5 Prozent.

Die nächste Verhandlungsrunde im Tarifstreit soll nach Angaben von ver.di am 10. September in Düsseldorf stattfinden.

AWO will Frühkapitalismus

Bei der Arbeiterwohlfahrt stehen die Zeichen auf Streik

U2 27.07.07

Anfang Juli gingen in Dortmund die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Arbeiterwohlfahrt (AWO) in die sechste Runde. Begleitet wurden sie von mehrstündigen Warnstreiks und zahlreichen Protestaktionen in Altenheimen und Kindertagesstätten des Sozialverbandes. Solidarität gab es von Betriebsräten der Hoesch-Spundwand und der Firma Lehnkering.

Für die Gewerkschaft ver.di wird die Auseinandersetzung mit der AWO zunehmend rauer. Landesfachbereichsleiterin Sylvia Bühler schloss neue Streiks nicht aus, um einen Tarifvertrag zu erzwingen, wenn die Unternehmenseite weiterhin erhebliche Absenkungen für bestimmte Berufsgruppen verlange. ver.di fordert neben der Wiederherstellung der Tarifbindung 5,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt und eine Einmalzah-

lung von 300 Euro nur für Gewerkschaftsmitglieder. Der Sozialverband betreibt seit mehreren Jahren systematische Lohnkürzungen und ist sich für keine Sauererei zu schade. Spätestens seit der massiven Einstellung von Hartz-IV-Arbeitskräften dürfte ver.di und den Beschäftigten klar geworden sein, wohin die Entwicklung innerhalb des Pflegekonzerns geht. Umsetzungen, Abgruppierungen, Veränderungen in den Arbeitsabläufen, Kündigungsdrohungen für Festangestellte nahmen seit der Beschäftigung der Billigjobber rapide zu. Seit dem 1. Januar fährt die AWO die volle Breitseite gegen das Personal auf. Seit diesem Zeitpunkt herrscht für rund 140 000 Beschäftigte ein tarifloser Zustand.

Betroffenen sind nicht nur pädagogische Kräfte und das Pflegepersonal. Für alle

Beschäftigten soll die Wochenarbeitszeit von 38,5 auf mindestens 40 Stunden erhöht werden. Doch damit nicht genug. Die AWO will zurück in den Frühkapitalismus. Neben einer deutlichen Absenkung der Monatsgehälter für Pflegehelfer, Küchen- und Reinigungskräfte, bei Beschäftigten in haushaltsnahen Diensten und in der ambulanten Pflege sollen Jahresurlaub, Weihnachts- und Urlaubsgeld weniger werden. Zulagen für schwere Arbeit in den Pflegebereichen verschwinden. Der Wohlfahrtskonzern, der wegen der Nähe der Verantwortlichen in den Chefetagen zur SPD auch als deren Ableger bekannt ist, reißt sich mit diesen Maßnahmen ungeniert in die Lohndumpingspirale der neoliberalen Befürworter ein. Seit Januar betreiben die „Wohlfahrtsbosse“ bei Neueinstellungen bereits Lohnkürzungen von sie-

ben Prozent.

Wie Hohn muss deshalb auch die Äußerung der Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) für die Beschäftigten des Wohlfahrtsverbandes klingen. Vor dem Verhandlungstisch in Dortmund äußerten sich mehrere Betroffene über die Feststellung der Ministerin vor mehreren Wochen „dass schwere Arbeit in Altenheimen und Pflegediensten zu schlecht entlohnt würde“. Eine Pflegekraft meinte zutreffend: „Dies sei nichts anderes als eine Farce. Diejenigen, die bei der AWO die Abwärts Spirale bei den Löhnen betreiben, hätten mit ihr das gleiche Parteibuch. Statt dunkler Wolken über dem AWO Himmel, symbolisiert mit dem Aufstieg von schwarzen ver.di Luftballons, müssten die Verantwortlichen der AWO mehr rote Fahnen sehen“.

Herbert Schedlbauer

ver.di-publik 6-7107

ARBEITERWOHLFAHRT

ver.di-Forderung in NRW

Die ver.di-Tarifkommission hat im Rahmen der seit März laufenden Verhandlungen für einen neuen Reformtarifvertrag bei der AWO NRW ihre Lohnforderung beschlossen. Die Einkommen der 27 000 Beschäftigten sollen um 5,5 Prozent – einschließlich einer sozialen Komponente – steigen.

AWO will abgesenkte Tarife ^{U2} 25.05.07

Die ver.di-Landestarifkommission und der Arbeitgeberverband der AWO Deutschland aus NRW trafen sich zur 3. Verhandlungsrunde. Über den Großteil der Regelungen des Manteltarifvertrages (ohne die Regelungen zum Entgelt und zur Arbeitszeit) wurde Einigkeit erzielt. Weiterer Verhandlungsbedarf besteht bei der Jahressonderzahlung, da die Arbeitgeber nur dann das Niveau des Tarifvertrages des öffentlichen Dienstes (VöD) akzeptieren wollen, wenn ver.di sich zu Verhandlungszusagen für sogenannte wirtschaftliche Härtefälle bzw. Notlagen verpflichtet. Weiterhin wurden Fragen der Entgeltordnung und der Entgelttabellen erörtert. Die Arbeitgeber erklärten, dass sie sich grundsätzlich eine Orientierung am DRK-Tarifvertrag (TVöD-Bund-Niveau) vorstellen können. Darüber hinaus möchten sie mit ver.di über gesonderte Regelungen mit abgesenkten Tarifen für bestimmte Beschäftigtengruppen sprechen. Die nächste Verhandlung findet am 25. 5. in Dortmund statt.

Essen: Demo der AWO-Beschäftigten

Am Samstagmorgen haben 500 Beschäftigte der Arbeiterwohlfahrt in Essen für einen Tarifvertrag demonstriert. Die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi hatte zur landesweiten Kundgebung auf der Zeche Zollverein geladen. Mit Trillerpfeifen, Transparenten und Fahnen zogen die Demonstranten zur Zeche. An der Spitze des Protestzugs trugen die Altenpfleger, Erzieher und Sozialarbeiter einen schwarzen Sarg symbolisch zu Grabe. Der sollte das Ende der sozialen Gerechtigkeit bei der Arbeiterwohlfahrt darstellen. Die Mitarbeiter des Sozialverbandes drohen mit Streik, wenn sie nicht wieder einen verbindlichen Tarifvertrag bekommen. Seit Januar haben sie keinen mehr. So bekommen zum Beispiel Neueingestellte 7 Prozent weniger Gehalt. Verdi findet das skandalös: Schon jetzt würden berufserfahrene Altenpfleger mit gerade einmal 1300 Euro netto abgespeist.

WDR 2, Nachrichten aus dem Ruhrgebiet

Düsseldorf, 4. Mai 2007



Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Landesbezirk
Nordrhein-Westfalen

AWO-Beschäftigte fordern guten Tarifvertrag Demonstration und Kundgebung in Essen

Drei Wochen vor der vierten Tarifverhandlungsrunde zwischen der Gewerkschaft ver.di und der Arbeiterwohlfahrt (AWO) werden am Samstag (5. Mai) mehrere hundert Beschäftigte des Sozialverbandes vor der Zeche Zollverein in Essen für einen guten Tarifvertrag und ein Ende des tariflosen Zustandes demonstrieren. In der Zeche Zollverein tagt am Samstag die Regionalkonferenz West der Arbeiterwohlfahrt, um über die Zukunft des Sozialverbandes zu beraten.

Die 27.000 Beschäftigten der AWO in NRW befinden sich seit dem 1. Januar 2007 in einem tariflosen Zustand. Der Sozialverband hatte alle Tarifverträge gekündigt und weigert sich, einen neuen bundesweit einheitlichen AWO-Tarifvertrag abzuschließen. Bei Neueingestellten hat die AWO bereits Lohnkürzungen von sieben Prozent vorgenommen. Für die Altbeschäftigten will die Arbeitgeberseite längere Arbeitszeiten, schlechtere Arbeitsbedingungen und die Absenkung der Entgelte durchsetzen.

„Es ist unser Ziel, in Nordrhein-Westfalen die Tarifbindung wieder herzustellen und letztlich wieder einen bundesweiten Tarifvertrag zu erreichen“, sagte die ver.di-Verhandlungsführerin in NRW, Sylvia Bühler. Beide Tarifvertragsparteien hatten zu Beginn der Verhandlungen schriftlich ihren „festen Willen“ erklärt, einen Tarifvertrag abzuschließen. Die vierte Verhandlungsrunde ist für den 24. Mai geplant. Dann sollen die Kernthemen Entgelte und Arbeitszeit verhandelt werden.

Hinweis für die Redaktionen:

Die AWO-Beschäftigten treffen sich am Samstag um 7:45 Uhr auf dem Katernberger Markt, 45327 Essen. Von dort aus wird ein Demonstrationzug zum Zugang Nord der Zeche Zollverein ziehen. Dort findet zwischen 8:15 und 8:45 Uhr die Protestkundgebung statt, auf der unter anderem ver.di Verhandlungsführerin Sylvia Bühler sprechen wird. Im Anschluss werden die AWO-Beschäftigten die Delegierten der Regionalkonferenz mit einem Spalier empfangen. Das Ende der Aktion ist für 10 Uhr geplant.

Kontakt:

PRESSEINFORMATION

V.i.S.d.P.:
Jörg Versteegen
Pressesprecher
ver.di NRW

AWO**Schwarze Protestwolken**

Protestaktionen in 21 Städten begleiteten Ende März die zweite Runde der Tarifverhandlungen für die 27 000 Beschäftigten der Arbeiterwohlfahrt in Nordrhein-Westfalen. 500 Beschäftigte ließen mit Hilfe von Luftballons „Schwarze Wolken über NRW“ aufsteigen. Sie protestierten damit gegen die Pläne der Geschäftsführung, Einkommen, Urlaubs- und Weihnachtsgeld zu kürzen und die betriebliche Altersversorgung zu verschlechtern. Die AWO hatte alle Tarifverträge auf Bundesebene gekündigt, Gespräche über eine Bundesregelung waren Ende 2006 gescheitert.

22_April 2007

6

AKTIV

**Schwarze Wolken
über Rhein und Ruhr**

Begleitet von Protestaktionen gingen am 29. März in Dortmund die Tarifverhandlungen für die rund 27.000 NRW-Beschäftigten der Arbeiterwohlfahrt (AWO) in die zweite Runde. An 21 AWO-Standorten stiegen Luftballons auf: »Schwarze Wolken über NRW«. Die Beschäftigten protestieren damit gegen das Vorhaben der AWO-Geschäftsführung, Einkommen, Urlaubs- und Weihnachtsgeld zu kürzen und den Urlaubsanspruch sowie die betriebliche Altersversorgung zu verschlechtern. Zu den regionalen Verhandlungen in Nordrhein-Westfalen ist es gekommen, nachdem die AWO sämtliche Tarifverträge auf Bundesebene gekündigt hatte und die Tarifgespräche über eine bundeseinheitliche Regelung im Dezember 2006 gescheitert waren.

Kunde zum Sonntag

Arbeitnehmer gegen AWO

*31.03.
2007*

Begleitet von Protestaktionen gehen heute in Dortmund die Tarifverhandlungen für die rund 27.000 NRW-Beschäftigten der SPD-nahen Arbeiterwohlfahrt (AWO) in die zweite Runde. Zunächst rund 500 Beschäftigte wollen an 21 AWO-Standorten mit Hilfe von Luftballons „Schwarze Wolken über NRW“ aufsteigen lassen. Die Aktion startet in Bochum um 18 Uhr an der ver.di-Geschäftsstelle in der Uni-Straße. Damit soll gegen das Vorhaben der AWO-Geschäftsführung protestiert werden, Einkommen, Urlaubs- und Weihnachtsgeld zu kürzen und den Urlaubsanspruch sowie die betriebliche Altersversorgung zu verschlechtern. Zu den regionalen Verhandlungen in NRW ist es gekommen, nachdem die AWO sämtliche Tarifverträge auf Bundesebene gekündigt hatte und die Tarifgespräche über eine bundeseinheitliche Regelung im Dezember 2006 gescheitert waren.

Ver.di: Prekäre Beschäftigung auch bei Wohlfahrtsverbänden

Die Wohlfahrtsverbände in Deutschland sind dabei, verstärkt prekäre Beschäftigungsverhältnisse in ihren Häusern zu dulden. Diese Ansicht vertritt Detlev Beyer-Peters, Mitglied der Tarifkommission von ver.di in NRW.

Die **Arbeiterwohlfahrt** opponiere zwar politisch gegen den Sozialkahltschlag in der BRD, so der Gewerkschafter. Dabei würden die Wohlfahrtsverbände jedoch "das Kosten- und Kürzungsdiktat der Politik" auf die eigenen Beschäftigten ausdehnen.

Die Folgen dieses Handelns macht Detlev Beyer-Peters exemplarisch daran fest, dass beispielsweise in der Pflegebranche die Wohlfahrtsverbände die Löhne senkten und Personal abbauten.

DIE AWO WIRD WOHLFAHRTSKONZERN

Bruch mit dem historischen Erbe

Am 23./24. Juni will sich der AWO-Bundesverband ein neues Grundsatzprogramm in Magdeburg verpassen, das wie der Bruch des Wohlfahrtsverbandes mit dem historischen Erbe aus den Hochzeiten der deutschen Arbeiterbewegung anmutet. Im Mittelpunkt der Planungen steht eine Entflechtung der unternehmerischen und verbandlichen Aufgaben und Aktivitäten von der traditionell eher »ideell und ehrenamtlich geprägten Mitgliederorganisation«. Jürgen Wörner von der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di drückt den Wandel wie folgt aus: »Das Ehrenamt repräsentiert weiter das Gute im Menschen, das Hauptamt steht für Markt und Wettbewerb.« Übergeordnetes Ziel ist die Etablierung eines »modernen« und »professionellen« Wohlfahrtskonzerns, der – ganz nach unternehmerischem Vorbild – den Privaten auf dem »Markt der Sozialwirtschaft« Paroli bieten soll. Dazu müßte künftig die Führung der AWO-Betriebe außerhalb des Mitgliederverbands »in rechtlich eigenständigen AWO-Unternehmen organisiert werden«, schreiben die Verbandsspitzen in einem Programmentwurf vom September 2006.

Maßgeblich verantwortlich für den Richtungswechsel zeichnen der Bundesvorsitzende Wilhelm Schmidt, bis 2005 Mitglied der SPD im Bundestag, und Bundesgeschäftsführer Rainer Brückers. Beide hatten sich im Mai 2006 gemeinsam mit Spitzenvertretern des Roten Kreuzes (DRK), des Diakonischen Werks sowie des Städte- und Gemeindebundes in einer »persönlichen Erklärung zur Reform des SGB II« für weitere Einschnitte bei Hartz-IV-Empfängern starkgemacht. Selbst das AWO-Bundesjugendwerk kommentierte seinerzeit scharf: »Bei jeder Schweinerei ist die AWO dabei«. Während aber Diakonie-Chef, Jürgen Gohde, wegen verbandsinterner Proteste wenig später seinen Hut nehmen mußte, sitzen Schmidt und Brückers weiterhin fest im Sattel.

(rwu)

»Wettbewerb um den niedrigsten Preis«

Tarifabbau und Tarifflicht: Bei Wohlfahrtsverbänden nimmt die prekäre Beschäftigung zu. Ein Gespräch mit Detlev Beyer-Peters

Wie weit hat sich die AWO von der traditionellen, humanistischen Wohlfahrtsidee bereits entfernt?

Die Widersprüche zwischen dem, was der politische Verband vorgibt, sozialpolitisch zu wollen und zu erreichen, und der arbeitsrechtlichen Praxis in den AWO-Unternehmen wachsen massiv und kontinuierlich. Das gilt allerdings für alle Wohlfahrtsverbände.

Wo zeigt sich diese Diskrepanz am deutlichsten?

Auf der politischen Ebene wird die AWO nicht müde, den grassierenden Sozialabbau zu geißeln, während in ihren Unternehmen Tarifabbau betrieben und Tarifflicht begangen wird und die prekäre Beschäftigung zunimmt. Dahinter steckt die verquere Logik, das Kosten- und Kürzungsdiktat der Politik im sozialen-Bereich quasi eins zu eins an die eigenen Beschäftigten weiterzugeben, anstatt den Sozialkahn-schlag politisch zu bekämpfen.

Detlev Beyer-Peters ist in Nordrhein-Westfalen Mitglied der Tarifkommission der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di für die Arbeiterwohlfahrt (AWO) und Vorsitzender der Bundesfachgruppe Pflege

Wie wirkt sich dieser Kostendruck beispielsweise im Pflegebereich aus?

Der Wettbewerb um den niedrigsten Preis ist politisch gewollt, um einerseits den Umfang der Sozialleistungen zu reduzieren und zugleich privaten Investoren neue Geschäftsfelder zu eröffnen. Da sich auf dem sehr lukrativen Altenpflegemarkt immer mehr Private tummeln, die weit unter Tarif entlohnen, sehen sich auch die Wohlfahrtsverbände gezwungen, die Weichen auf Billigpflege zu stellen, Personal abzubauen, Löhne zu senken oder ganze Geschäftsbereiche in GmbHS ohne Tarifbindung auszugliedern. Andernfalls, so die Argumentation, wäre die Existenz vieler AWO-Unternehmen gefährdet, weil

sich die Sozialhilfeträger nur noch die preisgünstigsten Anbieter aussuchen. Das schafft natürlich Ängste bei den Beschäftigten und macht sie hochgradig erpressbar.

Aber ist die AWO diesem Prozess nicht tatsächlich ziemlich hilflos ausgeliefert?

Die AWO hat durchaus politische Interventionsmacht. Da wären zum einen die engen Bande zur SPD, mit diesem Einfluß könnte der Verband sehr viel vehementer gegen Sozialabbau angehen. Sie könnte außerdem dafür kämpfen, die Tarifleistungen im sozialen Dienstleistungsbereich zu vereinheitlichen mit dem Ziel eines Wettbewerbs um Qualität und nicht länger um den Preis der Arbeit. Wie will man Qualität garantieren, wenn immer weniger Personal zu immer geringeren Preisen immer mehr und pflegebedürftigere Menschen versorgen soll und mit den Arbeitsbedingungen schlechter werden?

Regt sich denn Widerstand bei den Beschäftigten, auch und gerade im laufenden Tarifkonflikt?

Es gibt zwei Schwierigkeiten: Beschäftigte in sozialen Dienstleistungen sind in der Regel erpressbarer, weil sie mit ihren Forderungen nicht die treffen wollen, die sie zu versorgen haben. Zweitens haben sie nicht zu kämpfen gelernt, weil sie in den vergangenen Jahrzehnten ohne größeres Zutun von den Abschlüssen im öffentlichen Dienst profitiert haben. Uns als Gewerkschaft kommt hier die Aufgabe zu, die Betroffenen überhaupt erst einmal wachzurütteln, daß es sich lohnt, für die eigenen Interessen einzutreten – zur Not auch mit einem Arbeitskampf. Dafür gibt es im Sozialbereich durchaus Vorbilder: Das Deutsche Rote Kreuz West hat in Nordrhein-Westfalen einen Tarifvertrag erkämpft, ähnliche Erfolge wurden für den Pflegebereich an Unikliniken erreicht.

Wie steht es um die Kampfverit-

schaft bei den AWO-Beschäftigten? Der Frust und die Enttäuschung, in einen tariflosen Zustand entlassen worden zu sein, sind gewaltig. Daneben wächst die Einsicht, daß gesellschaftlich vieles im argen liegt, daß der Widerspruch zwischen Arm und Reich wächst und einfache Beschäftigte und Hilfsbedürftige auf der Strecke bleiben. Ich bin guter Dinge, daß sich gerade im aktuellen Konflikt eine starke Dynamik entwickelt und daß vor allem die Auseinandersetzung in Nordrhein-Westfalen richtungweisend sein wird. Hier sind 40 Prozent der AWO-Mitarbeiter verdinglicht. Ein Drittel davon ist allein in den zurückliegenden drei Jahren hinzugekommen, weil die Leute gemerkt haben, daß die Tarife in Gefahr sind. Wenn wir uns hier durchsetzen, dann hat das auch Ausstrahlung auf andere Regionen, insbesondere den Osten, wo die Beschäftigten sich eher ohnmächtiger fühlen.

Interview: Ralf Wurzbacher

Lohnklau mit Ethik

Bei der Arbeiterwohlfahrt herrschen dieselben neoliberalen Sitten wie in der Privatwirtschaft. Im aktuellen Tarifkonflikt stehen die Zeichen auf Widerstand. **Von Ralf Wurzbacher**

Freiheit, Gerechtigkeit, Toleranz und Solidarität – laut Selbstdarstellung ist das »sozialethische Fundament« der Arbeiterwohlfahrt (AWO) auch nach bald 90jährigem Bestehen so stabil wie anno 1919. Angesichts der neueren Verbandspolitik erscheint die propagierte Selbstverpflichtung auf Grundwerte der Arbeiterbewegung allerdings wie Schnee von gestern. »Die AWO versucht seit Jahren, die Rechte ihrer Mitarbeiter zu beschneiden, das Tarif- und damit das Arbeitsrecht zu beugen«, heißt es in der Februar-Ausgabe der ver.di-Mitgliederzeitung *Publik*. Aktueller Anlaß ist der Tarifstreit zwischen AWO-Arbeitgebern (AGV) und Gewerkschaft, nachdem Verhandlungen auf Bundesebene gescheitert waren und die AWO zum 31. Dezember 2006 den geltenden Übergangstarifvertrag nach zwei Jahren gekündigt hatte. Zugleich ist organisationsintern eine Diskussion im Gange, die AWO in einen »modernen« und »professionellen« Wohlfahrtskonzern umzuwandeln.

Ein im September vergangenen Jahres vorgelegtes gemeinsames Grundsatzpapier von Bundesvorstandschef Wilhelm Schmidt und Bundesgeschäftsführer Rainer Brückers gibt Aufschluß, wohin die Reise gehen soll: »Alle AWO-Verbände mit ihren sozialen Einrichtungen werden künftig ihre neue Rolle im Markt der Sozialwirtschaft aktiv zu gestalten haben, um die Qualität des erreichten sozialen Leistungsniveaus sicher zu stellen und die Effizienz ihrer Leistungserbringung optimieren zu können«, schreiben die Autoren. Zu den Eckpunkten des sogenannten AWO-Corporate-Governance-Kodex zählen »Investitionsentscheidungen auf Grundlage von Marktanalysen«, die »Entwicklung und Sicherung bedarfsorientierter Dienstleistungsangebote« sowie »wirtschaftliche Leistungserstellung« mittels »Prozeßoptimierung«, »effizienter Overheadstrukturen« sowie »wettbewerbsorientierter



Demonstration von 1-Euro-Jobbern am 29. April 2005 vor der Berlin-Brandenburger AWO-Zentrale

Tarifstrukturen«.

Die neue Geschäftsphilosophie will die Verbandsführung im Juni auf einer Sonderkonferenz in Magdeburg beschließen lassen. In puncto Tarifpolitik macht die AGV schon jetzt Nägel mit Köpfen. Die im April 2006 begonnenen Verhandlungen hatte ver.di Anfang Dezember abgebrochen, weil die AGV auf eine automatische Arbeitszeitverlängerung für die zuzwendungsfinanzierten Bereiche pochte. Der ursprüngliche Forderungskatalog der AWO umfaßte unter anderem eine Erhöhung der Wochenarbeitszeit auf 42 Stunden, den Wegfall von Nächts-, Sonntags- und Schichtzuschlägen, geringeren Urlaubsanspruch und die Streichung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Im Gesamtvolumen hätten die Verschlechterungen für die rund 70 000 tarifgebundenen der insgesamt 135 000 AWO-Beschäftigten einer Lohnkürzung von rund 25 Prozent entsprochen. Die ver.di-Tarifkommission nannte den Vorstoß einen »Rückfall in den Frühkapitalismus«, der eines Verbandes, »der überall Sozialdumping

anprangert, unwürdig« sei.

Trotz »einiger Zugeständnisse« seitens der AWO wären deren Forderungen bis zuletzt nicht verhandelbar gewesen, erklärte der zuständige ver.di-Sekretär in der Bundesverwaltung, Jürgen Wörner, gegenüber *junge Welt*. Offenbar um jeden Preis wollen die Arbeitgeber die Arbeitszeit über die bis zuletzt geltenden 38,5 Wochenstunden hinaus erhöhen. Selbst ein zweifelhaftes Argument führten sie bis zuletzt ins Feld: das sogenannte Besserstellungsverbot nach öffentlichem Haushaltsrecht: Danach müßten Mitarbeiter von Trägern und Einrichtungen, die staatliche Zuwendungen erhalten, angeblich mindestens genausolange arbeiten wie vergleichbare Beschäftigte des öffentlichen Dienstes – also 39 Stunden und mehr –, weil andernfalls die Verweigerung von Mitteln drohe.

Die These hält nicht einmal einem von der AWO selbst in Auftrag gegebenen Rechtsgutachten stand. Die Expertise wurde am 21. Dezember »dem Vorstand zur Kenntnis« gegeben, sei aber lediglich »hausintern weiterge-

reicht worden«, so Gewerkschaftssekretär Wörner. »Eine öffentliche Diskussion dazu hat nicht stattgefunden.«

Die auf Bundesebene festgefahrenen Verhandlungen wurden vorerst auf Länderebene verlegt. In Nordrhein-Westfalen (NRW) soll ab 13. März »ohne Vorbedingungen« getagt werden, andernorts stehen konkrete Termine noch aus. In NRW sind dem momentan tariflosen Zustand bereits die Neueingestellten zum Opfer gefallen, die mit sieben Prozent weniger Lohn abgespeist werden. Gleichwohl betont ver.di-Fachbereichsleiterin Sylvia Bühler, einen bundesweiten Tarifvertrag erreichen zu wollen. Der AWO solle klar werden, daß »regionale Verhandlungen keinen Sinn machen«, versprach auch Wörner »gleiche Vorgaben in allen Bezirken«. Noch keine Lösung ist im Hinblick auf die ausgliederten AWO-Betriebe in Sicht, die in aller Regel ohne Tarifbindung sind. Hier müsse man im Zweifel Haustarife durchsetzen. »Wenn dafür Streiks nötig sind, werden wir sie führen«, kündigte Bühler an.

Tarifverträge für alle ^{U2}

Verhandlungen bei der Arbeiterwohlfahrt ab März ^{16.02.07}

Nach zwei Sondierungsgesprächen zwischen ver.di-NRW und dem Arbeitgeberverband (AGV) Arbeiterwohlfahrt (AWO) Deutschland e. V. ist am 1. Februar 2007 in Dortmund eine erste wichtige Entscheidung gefallen. ver.di-NRW und der AGV AWO nehmen am 13. März 2007 Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der AWO in NRW auf. Von diesen Tarifverhandlungen wird eine Signalwirkung für die AWO-Beschäftigten in der gesamten Bundesrepublik erwartet.

Folgendes wurde vereinbart:

Die Tarifverhandlungen werden ohne Vorbedingungen aufgenommen.

Die Tarifverhandlungen sollen zügig geführt werden.

Die Tarifparteien haben den festen Willen, einen Tarifvertrag für die Beschäftigten der AWO in NRW abzuschließen. Beide Tarifparteien erklärten, dass die Positionen zu einigen Tarifrägen, z. B. zur Wochenarbeitszeit, noch weit auseinanderliegen. Darum werden diese

Themen zum Schluss verhandelt. Als Verhandlungstermine wurde festgelegt: 13. März, 29. März, und 25. April 2007. Die Verhandlungen finden in Dortmund statt, wechselseitig in Räumen von ver.di und der AWO.

So sehr sich ver.di-Sprecher über diese positive Entwicklung freuten, so kritisch sehen sie die Situation für die (g)GmbHen der AWO in NRW. Nur wenige dieser ausgegliederten Betriebe sind Vollmitglied im AGV-AWO. Das bedeutet, dass die Kolleginnen und Kollegen, die in einer solchen Gesellschaft der AWO arbeiten, nicht unter den Schutz des Tarifvertrages fallen. Das soll auf keinen Fall zugelassen werden.

ver.di will diesen Arbeitgebern mit ihrer Solidarität und Durchsetzungskraft Haustarifverträge abtrotzen. Sollten dafür Streiks nötig sind, sollen sie geführt werden. Die Gewerkschaft ist der Überzeugung, dass schon viele Beschäftigte der AWO streitbereite ver.di-Mitglieder sind.

AWO „Bei jeder Schweinerei dabei“ Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) macht sich auf den Weg, ein Konzern zu werden

Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) versucht seit Jahren, die Rechte ihrer Mitarbeiter zu beschneiden, das Tarif- und damit das Arbeitsrecht zu beugen. Es geht um rund 140 000 Beschäftigte, und der Slogan der AWO – „Kompetenz und Zuverlässigkeit schaffen Vertrauen“ – wird zurzeit abermals zur innerbetrieblichen Farce: Die AWO hat das Unternehmertum entdeckt. Ein „Wohlfahrtskonzern“ wird angestrebt. ver.di hat jetzt die Verhandlungen mit der AWO abgebrochen, die sich seit April des vergangenen Jahres dahinschleppen. Die legitimen Forderungen der Gewerk-

schaft wurden nicht erfüllt: Tarife auf der Grundlage des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst; Schluss mit der Provokation, die Löhne um rund 25 Prozent senken zu wollen.

Schwacher Riegel

Stattdessen brach der AWO-Arbeitsgeberverband Deutschland (AGV) Zusage und Verhandlungsergebnisse. Bereits seit Sommer 2005 wurde in Fragen der Ortszuschläge herumlaviert, die Arbeitszeit sollte auf 42 Stunden erhöht, der Urlaubsanspruch reduziert werden, entfallen sollten Weihnachts-

geld und Altersversorgung. Abenteuerlich wirkte die Forderung des AGV, die Beschäftigten je nach Region unterschiedlich zu behandeln und zu bezahlen.

In einem vergleichbaren Fall hatte ver.di im Juni 2004 vor dem Bundesarbeitsgericht gesiegt. Die AWO in den neuen Landesverbänden hatte damals den Tarifvertrag Ost mit der Begründung gekündigt, sie würde die Verträge zwischen ver.di und dem AWO-Bundesverband nicht anerkennen. Er-läsen Paschke vom ver.di-Bundesvorstand hatte erklärt: „Es ist nicht nachvollzieh-

*Ver.di - Politik
04+02 | 2007*

bar, dass ein Verhandlungspartner nach zehn Jahren die gemeinsam verabredeten Regelungen für ungültig erklärt.“ Gut sei es deshalb, dass das Bundesarbeitsgericht dem einen Riegel vorgeschoben habe.

Der Riegel erwies sich als zu schwach – und der Slogan des AWO-Bundesjugendwerksvorstands als zutreffend: „Bei jeder Schweinerei ist die AWO dabei.“ Derzeit werde jeder soziale Standard zur Disposition gestellt, berichtet der zuständige ver.di-Sekretär in der Bundesverwaltung, Jürgen Wörner. Er bedauert, dass es seit dem Abbruch der Verhandlungen außer auf Länderebene keine Kontakte mehr mit der Wohlfahrtsspitze gebe.

Gegenwärtig plane die AWO für Ende Juni eine außerordentliche Bundeskonferenz, um den Umbau zum „Wohlfahrtskonzern“ festzuschreiben. Allerdings, so Wörners Informationen, sei sich die Verbandsspitze ihrer Pläne nicht sicher und überlege, ob sie den Termin wegen des erheblichen Widerstands nicht kippen müsse. Widerstand leisten die Beschäftigten, die sich der traditionellen Wohlfahrtsidee verpflichtet fühlen, und die Jungen. So am 1. Februar in München bei der „Mit-tagspause der Wohlfahrt“. Die AWO handelt nicht besser als die Soziallab-bau betreibenden Politiker“, schimpfte da der Münchner ver.di-Sekretär He-riber Weyrich. Erst wenn die kritischen Köpfe bei der AWO die Oberhand gewinnen, schätzt Wörner, gäbe es eine Chance, dass die Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft und dem Verband wieder aufgenommen wür-den.

Beschäftigten der Sozialen Dienste droht massiver Einkommensverlust

Die UZ sprach mit Detlev Beyer-Peters 08.12.06

Ende dieses Jahres läuft bundesweit der Übergangstarifvertrag zwischen ver.di und der Arbeiterwohlfahrt (AWO) aus. Dieser Übergangstarifvertrag wurde in NRW verhandelt und später für die gesamte Bundesrepublik übernommen. Er galt zwei Jahre lang und wurde zum Ende dieses Jahres gekündigt. Die Arbeitgeber forderten Anfang dieses Jahres in ihrem Vertragsentwurf Absenkungen von 40 bis 50 Prozent gegenüber dem öffentlichen Dienst. Hierzu zählten z. B. die 42-Stunden-Woche, die Streichung des Ortzuschlages, der Zeitzuschläge, der Schicht- und Wechselschichtzulage, der Einmalzahlungen wie Weihnachts- und Urlaubsgeld. Dabei hatten insbesondere die Beschäftigten im Schichtdienst schon mit dem Übergangstarifvertrag Verluste hinnehmen müssen. Außerdem gab es seit Bestehen des Übergangstarifvertrages keine Lohn- und Gehaltserhöhungen mehr.

Die UZ sprach zu diesem Thema mit Detlev Beyer-Peters*.

UZ: Die AWO hat bundesweit 130 000 Beschäftigte. Nur noch knapp die Hälfte der Beschäftigungsverhältnisse ist an einen Tarifvertrag gebunden. Worin liegen die Ursachen?

Detlev Beyer-Peters: Wie viele andere Wohlfahrtsverbände auch gründet die AWO zunehmend ihre Unternehmen in eigenständige GmbHs aus. Ziel von Ausgründung ist einerseits die Tarifflicht. Zum anderen verfolgt sie damit die Absicht, die Unternehmen vom politischen Verband zu lösen. Denn die Widersprüche zwischen der arbeitsrechtlichen Praxis in den Unternehmen und den politischen Forderungen der Wohlfahrtsverbände wachsen massiv und scheinen kaum noch lösbar. Die Konflikte zwischen den hauptamtlichen Führungskräften und den Ehrenamtlichen spitzen sich entsprechend zu.

UZ: Welche Widersprüche siehst du?

Detlev Beyer-Peters: Einerseits hat sich die Arbeiterwohlfahrt Anfang des letzten Jahrhunderts aus der Arbeiterbewegung entwickelt und fühlt sich stark an sozialdemokratische Wertvorstellungen gebunden. In ihrem Programm ist z. B. ein Bekenntnis zum „freiheitlich-demokratischen Sozialismus“ verankert.

Andererseits haben Staat und Kostenträger Mechanismen geschaffen, die die kommunalen und gemeinnützigen Unternehmen dem kapitalistischen Wettbewerb und damit dem wirtschaftlichen Konkurrenzdruck ausliefern. Nun sieht sich die AWO wie auch die anderen Wohlfahrtsverbände dem Zwang ausgesetzt, ihre Leistungen zu verbilligen. So sind z. B. in den Altenpflegeeinrichtungen die Weichen in Richtung Billigpflege gestellt. Wie die privaten Arbeitgeber ge-



Detlev Beyer-Peters bei der ver.di-Aktion am 1. September 2006 in Recklinghausen

hen die Wohlfahrtsverbände und Kommunen gegen die eigenen Beschäftigten in aller Härte vor. Sie erwarten von ihren Beschäftigten, dass diese mit immer weniger Personal immer mehr „Kunden“ für immer weniger Geld und bei immer besserer Qualität versorgen, pflegen, erziehen oder beraten. So passen sie sich immer mehr dem Druck der Kostenträger an.

UZ: Viele der Beschäftigten im sozialen Bereich gehen mit einem hohen humanistischen Anspruch an ihre Arbeit heran, wollen anderen Menschen helfen. Können sie auch für ihre eigenen Interessen kämpfen?

Detlev Beyer-Peters: Es ist nicht einfach, den Kollegen zu vermitteln, dass sie neuerdings für tarifliche Leistungen streiten müssen. Denn in den vergangenen Jahrzehnten haben sie von den Abschlüssen im öffentlichen Dienst immer profitiert ohne selbst dafür kämpfen zu müssen. Tarifkämpfe setzen aber eine Kultur des Widerstandes und der Bereitschaft zur Auseinandersetzung voraus. In der Regel sind Beschäftigte in den sozialen Diensten eher auf Harmonie bedacht. Sie wollen ja auch in Auseinandersetzungen nicht die treffen, die sie zu versorgen und zu pflegen haben.

UZ: Wie lassen sich denn trotzdem erfolgreiche Tarifkämpfe führen?

Detlev Beyer-Peters: Genau darüber denken wir z. Z. in der Gewerkschaft nach. Jetzt kommt es zunächst darauf an, den traditionell geringeren gewerkschaftlichen Organisationsgrad in den sozialen Betrieben zu erhöhen. Das gelingt in erster Linie durch die Tatsache, dass die Rechtssicherheit im Rahmen der Nachwirkung eines gekündigten Tarifvertrages in letzter Konsequenz nur für Gewerkschaftsmitglieder gegeben ist. Parallel bemühen wir uns derzeit um Aktionen außerhalb der Betriebe, die später – wenn

die Arbeitgeberseite kaum Verhandlungsbereitschaft zeigt – in die Betriebe hineingetragen werden müssen. Scheitern die Tarifverhandlungen, können am Ende auch Streikmaßnahmen in verschiedenen Einrichtungen und Betrieben nicht ausgeschlossen werden.

UZ: Glaubt man den Aussagen der großen Koalition, so verbessert sich zur Zeit die wirtschaftliche Situation in Deutschland erheblich. Was merkst du davon im Betrieb?

Detlev Beyer-Peters: Nichts. Die Wohlfahrtsverbände stehen unter dem wachsenden Druck der Kostenreduzierung. Der Staat senkt die Mittel für soziale Leistungen. Das eingesparte Geld kommt den heimischen Großkonzernen zugute, die damit ihre Positionen hinsichtlich des globalen Wettbewerbes, der globalen Produktionen und Wirtschaftsbeziehungen weiter verbessern sollen. Es besteht also ein direkter Zusammenhang zwischen der Steuer- und Sozialpolitik der Bundesregierung und der Situation der Beschäftigten in den sozialen Diensten vor Ort. Denn gerade auch sie sollen für die Umverteilungspolitik von unten nach oben doppelt bezahlen. Das wird immer mehr Kollegen deutlich.

UZ: Wie geht es jetzt weiter?

Detlev Beyer-Peters: Ab 1. Januar 2007 befindet sich die AWO in einem tariflosen Zustand. Das DRK hat für ein Viertel seiner Beschäftigten inzwischen einen Tarifvertrag abgeschlossen, der dem Tarifvertrag im öffentlichen Dienst nahe kommt. Die kirchlichen Unternehmen schalten aufgrund ihrer Rolle als „Staat im Staat“ relativ frei und schaffen Kirchengesetze und Tarifrichtlinien, die den Konkurrenzdruck auf die anderen gemeinnützigen und kommunalen Unternehmen zusätzlich erhöhen. Die meisten Privatanbieter sind nicht tarifgebunden. Daher ist es Ziel von ver.di ein Tarifwerk für den gesamten Bereich der Sozialen Dienste zu schaffen. Auf diese Weise soll eine Allgemeinverbindlichkeit erreicht werden, die dazu führen würde, dass für alle Beschäftigten im sozialen Bereich einheitliche Arbeits- und Tarifbedingungen gelten. Das könnte den Kampf um den niedrigsten Preis für die Arbeitskraft der Beschäftigten beenden und würde die Möglichkeit bieten, den Wettbewerb um die beste Qualität zu führen. Dieses Ziel ist vorerst als gescheitert anzusehen, weil sich insbesondere die kirchlichen Träger nicht Tarifkämpfen aussetzen wollen.

Das Gespräch führte Werner Sarbok

* Detlev Beyer-Peters ist auf der NRW-Ebene Mitglied und auf der Bundesebene Ersatzmitglied der ver.di-Tarifkommission für die AWO. Darüber hinaus ist er Vorsitzender der ver.di-Fachgruppe bzw. -kommission „Pflege“ auf allen Ebenen bis hin zur Bundesebene.

Düsseldorf, 31. August 2006



Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Landesbezirk
Nordrhein-Westfalen

ver.di-Demonstration gegen unsoziale AWO Wie der Sozialverband mit Beschäftigten umgeht

Mit einer Demonstration parallel zum „Familienfest der Arbeiterwohlfahrt“ in Recklinghausen will die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) am Freitag (1. September) das unsoziale Vorgehen des Arbeitgebers AWO anprangern. „Wir werden das Familienfest der AWO nutzen, um das wahre Gesicht eines der größten Sozialverbände Deutschlands zu zeigen“, sagte die ver.di Fachbereichsleiterin Gesundheit und soziale Dienste, Sylvia Bühler. „Denn die AWO will ihren 140.000 Beschäftigten und deren Familien das Geld aus der Tasche ziehen und die Arbeitssituation massiv verschlechtern.“

Der Sozialverband hat zum Ende des Jahres alle Tarifverträge mit ver.di gekündigt. Ziel der AWO ist es, Weihnachts- und Urlaubsgeld zu streichen, weitere Lohnkürzungen durchzusetzen, die Wochenarbeitszeit auf 42 Stunden zu verlängern und den Urlaubsanspruch deutlich zu verkürzen. Darüber hinaus will die Arbeiterwohlfahrt den tarifvertraglichen Kündigungsschutz abschaffen. In Nordrhein-Westfalen hat die AWO die Bezahlung von neuen Beschäftigten bereits um sieben Prozent abgesenkt.

„Offenbar haben die Verantwortlichen noch nicht begriffen, dass gute Arbeit und hochwertige soziale Leistungen gute und tarifvertraglich gesicherte Arbeitsbedingungen voraussetzt“, erklärte Bühler.

Allein in NRW arbeiten rund 27.000 Menschen in den Kindertageseinrichtungen, Altenpflegeheimen, Beschäftigungsgesellschaften und Beratungsstellen der AWO. Zu der Aktion erwartet ver.di rund 300 Teilnehmer.

Hinweis für die Redaktion:

Die Kundgebung findet am Freitag (1.9.) in der Zeit von 16.00 bis 17.00 Uhr auf dem Rathausplatz in Recklinghausen statt.

PRESSEINFORMATION

V.i.S.d.P.:
Günter Isemeyer
Pressesprecher

Der Streik ist eine Ermutigung V2

AWO-Konzern- und Gesamtbetriebsrat des Bezirks 5.5.06 Westliches Westfalen solidarisch mit ver.di Streik

Der Konzern- und Gesamtbetriebsrat des AWO-Bezirks Westliches Westfalen e. V., der über 13 000 Beschäftigten in sozialen Einrichtungen vertritt, erklärte sich mit den Streikenden der Landeseinrichtungen solidarisch. Die AWO-Betriebsräte schätzen die Bedeutung des ver.di-Streiks der Länder, auch für ihre Arbeitsbedingungen, sehr hoch ein. So plant der Arbeitgeberverband der AWO u. a. eine Arbeitszeitverlängerung auf 42 Stunden, Urlaubskürzung, Streichung aller Zuschläge und Lohnkürzungen. In diesem Zusammenhang betont der Vorsitzende des Konzernbetriebsrates, Detlef Beyer-Peters „Wir werden nur dann einen für die Beschäftigten befriedigenden Tarifvertrag in den Unternehmen der AWO erhalten, wenn sich immer mehr Beschäftigte in der Gewerkschaft ver.di organisieren und sich aktiv in zukünftige Tarifauseinandersetzungen einbringen. Dass

dies auch in sozialen und gesundheitlichen Einrichtungen möglich ist, dass zeigt gerade der Streik der Beschäftigten in den Universitätskliniken unseres Landes.“

Wigbert Heer, Schriftführer des Konzernbetriebsrates fügte hinzu: „Dieser Ausgang wird erheblichen Einfluss darauf haben, mit welcher Konsequenz unsere Arbeitgeber ihre Forderungen durchzusetzen versuchen. Der Streik ist eine Ermutigung für uns, nicht alles widerstandslos hinzunehmen und mindestens für einen Tarifvertrag auf der Grundlage des TVöD einzutreten.“

Als Beschäftigte der AWO wollen zahlreiche Betriebsratsmitglieder ihre Solidarität den im Streik Befindlichen persönlich mitteilen. So statteten sie den Streikposten der Essener Uniklinik als auch der Münsteraner Uniklinik am 20. 4. und am 27. 4. einen Besuch ab.